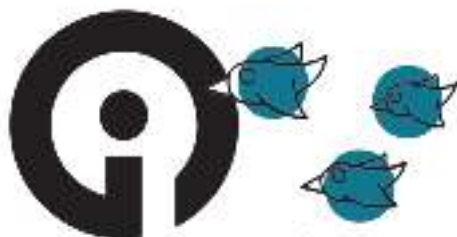


TEXTE ZUR KAMPAGNE EINE ANDERE KULTURPOLITIK #ISTNOETIG

anlässlich der Demonstrationen
„Für eine andere Kulturpolitik“ und
„Flüchtlinge willkommen“



IG KULTUR WIEN



INHALTSVERZEICHNIS

Seite	
3	Eine andere Kulturpolitik ist möglich nötig!
4	Lasst uns arbeiten!
6	Unsere Forderungen an die Kulturpolitik
10	Kultur als Konditionierung?
12	Aufruftext zur Demonstration am 03.10.: für eine andere Kulturpolitik
14	Unsere Arbeit #istnoetig!
17	Recht auf Stadt – Vom Gegenwärtigen zum Möglichen.
18	Positionspapier zum Thema Boden
21	Leerstand öffnen für Flüchtende #istnoetig!
22	Aufruf zum außerparlamentarischen Block
24	Mitgefühl ist wichtig, einen Wandel bringen aber nur verlässliche Rechte für Geflüchtete
27	„Offener Brief“ der Geflüchteten im Zeltcamp Linz: Unsere Forderungen!
28	Justice, not charity für eine Schärfung des politischen Antirassismus
29	Forderungen/Demands der Geflüchteten aus Traiskirchen
31	Impressum

Eine andere Kulturpolitik ist möglich nötig!

Einleitungstext aus dem Innovationspreiskatalog 2014

Wir wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen – ihre Bedürfnisse und Unterschiedlichkeiten – im Zentrum stehen. Damit verbunden ist die Forderung nach einem guten Leben. Das heißt, in einer Stadt (sowie Welt) zu leben, in der grundsätzlich jeder und jedem ein Leben ohne existenzielle Bedrohung möglich ist. Und das inkludiert ein Recht auf Stadt, auf Wohnraum, Nahrung, Bildung und auf Selbstbestimmung, nicht nur für uns, sondern auch für zukünftige Generationen. Wir brauchen Wege, in denen Politik nicht über die Köpfe von Betroffenen hinweg gemacht, sondern von der Bevölkerung selbstbestimmt und selbstorganisiert gelebt wird. Wir brauchen ein anderes Miteinander und In-Austausch-Treten.

Freie und autonome Kulturarbeit, Kulturzentren, selbstverwaltete (Frei-)Räume und Grätzeltreffpunkte bieten (meist nicht-kommerzielle) Begegnungsorte, an denen verschiedene Bewohner_innen der Stadt in Austausch treten können. Sie sind jene Orte, wo ein anderes Miteinander erprobt und verhandelt wird. Erfahrungen aus diesen Nischen können dazu beitragen, Perspektiven auf dieses andere Miteinander auch in größeren Zusammenhängen zu eröffnen. Bei dem vorhandenen Leerstand und dem großen Bedarf an Platz in der Stadt (nicht nur von Kulturschaffenden) gäbe es etliches an Potential, diese Treffpunkte und Austauschorte zu vervielfältigen. Damit dies möglich wird, gilt es die Köpfe

vieler zu erreichen, auch die Köpfe der Politiker_innen und Entscheidungsträger_innen.

So wie (Kultur-)Politik (nicht nur) in Wien funktioniert, muss aber klar sein, dass die sogenannten Vertreter_innen, sobald sie in Machtpositionen sind, auch Macht ausüben. Die Anliegen der jeweiligen Bevölkerungsgruppen, die von den Entscheidungen der Politik betroffen sind, werden in Entscheidungsfindungsprozesse nicht mehr oder sehr begrenzt einbezogen. In Bezug auf Kulturpolitik sind das also alle Personen, die selbst in Kulturbetrieben oder in der Kulturarbeit tätig sind. Einflussnahme auf diesen Prozess ist kaum möglich: durch Lobbying, durch Journalist_innen, durch Interessengemeinschaften, durch jede(n). Es muss in die Köpfe vieler, dass wir alle ein Recht, einen Anspruch auf ein gutes Leben haben, und dass wir dafür kämpfen werden (müssen). Um die Hindernisse auf diesem Weg zu überwinden, braucht es vielfältige Bündnisse, seien es einmalige oder langfristige Kooperationen. Es gilt dabei eine Kultur des Miteinanders zu leben und als etwas Selbstverständliches zu propagieren. Es gilt dabei auf die politischen Ebenen und Köpfe Einfluss zu nehmen, damit Rahmenbedingungen und Raum geschaffen werden, um ein gutes (Stadt-) Leben Wirklichkeit werden zu lassen. Dafür ist eine andere (Kultur-)Politik möglich nötig!

Lasst uns arbeiten!

Gemeinsames Statement der Pressekonferenz „Eine andere Kulturpolitik ist nötig“ am 01.09.2015 im WUK

**Angemessene Kunst- und Kulturförderung statt Einreichmarathon und Antragsbürokratie.
Eine andere Kulturpolitik ist nötig.**

Geprägt von Standortparadigmen und Verwertungslogiken konzentriert sich die Kulturpolitik der Stadt Wien auf medial und parteipolitisch nutzbare Events und Großveranstaltungen. Diese Entwicklung leistet der Entsolidarisierung der Gesellschaft Vorschub.

Aufgabe der Stadtpolitik muss es jedoch sein, die Herstellung von pluralen Öffentlichkeiten und Räumen, die Platz für Diversität bieten, zu unterstützen und die Leistungen der Kunst- und Kulturschaffenden als Beitrag zum Zusammenleben anzuerkennen. Wir - Kunst- und Kulturschaffende - entwickeln hierfür künstlerische, urbanistische und gesellschaftspolitische Ansätze.

Wir bringen kritische Sichtweisen, Sensitivität und neue Ideen ein, tragen zu Kommunikation und Miteinander in der Gesellschaft bei und unterstützen uns und andere im Realisieren und Umsetzen von Ideen und Konzepten. Wir ermöglichen soziokulturellen Austausch, der eine solidarische, anti-rassistische und vielfältige Stadt befördert.

Unsere Arbeit darf nicht darauf reduziert werden, das Image privilegierter Stadtteile zu stärken und von sozialen Problemen abzulenken.

Schlagworte wie „Exzellenzförderung“, „Gießkannenprinzip“ und „Förderung unkonventioneller Initiativen“ verschleiern, dass Mittel gekürzt und Zugänge erschwert werden. Die internationale Anerkennung Wiens als Kulturmetropole basiert zum größten Teil auf unbezahlten Leistungen von Kunst- und Kulturschaffenden.

Die meisten von uns leben längst unter der Armutsgrenze. Kultur ist professionelle Arbeit und muss mit adäquater Bezahlung, Planungssicherheit und sozialer und aufenthaltsrechtlicher Absicherung einhergehen.

Kunst- und Kulturförderung muss auch in der freien Szene langfristiges Arbeiten ermöglichen - sowohl individuell für Kunstschaffende als auch für Initiativen und Vereine. Doch die weitgehende Reduktion auf kleinteilige Projektförderung zwingt uns zu einem permanenten Einreichmarathon und forciert Konkurrenzverhältnisse.

Wir fordern adäquate Möglichkeiten zur Realisierung unserer Arbeitsvorhaben. Kulturförderung muss für alle - unabhängig von unseren unterschiedlichen zeitlichen, finanziellen und personellen Möglichkeiten - gleichermaßen zugänglich sein. Der Zugang zu Ressourcen ist jedoch abhängig von sozialer Situation, Herkunft, Klasse, Alter, Staatsbürger_Innenschaft, Geschlecht*,

Betreuungspflichten, sexueller Orientierung, Vernetzung und medialer Präsenz.

Kultur hat das Potential und die Aufgabe, städtischen Raum als Anordnung mit zu gestalten, die Platz für Unterschiede bietet. Daher braucht es eine Neustrukturierung des öffentlichen Raums und vielfältig nutzbare Räumlichkeiten, die partizipatives Arbeiten, Produktion und Präsentation möglich machen.

Leistungen der freien Szene müssen finanziell angemessen honoriert werden, damit wir uns auf unsere Arbeit konzentrieren können anstatt laufend individuelle Überlebenskämpfe auszugetragen. Laut Studie "Kultur und Geld" (2009) steht der freien Szene lediglich ein Anteil von 2,5 % der Gesamtausgaben für Kultur zur Verfügung. Das sind € 8.582.328 von € 343.293.122. Wir fordern als ersten Schritt dessen Aufstockung auf mindestens 10 %!

Deutliche kulturpolitische Weichenstellungen sind dringend nötig. Dabei geht es um mehr als Geld. Wir brauchen eine gesellschaftliche Neubewertung von

Kunst und Kultur im Kontext des Urbanen und eine Wertschätzung der Leistungen der freien und autonomen Kunst- und Kulturszene in Wien.

Förderungsmodelle müssen mit den Betroffenen und deren Interessenvertretungen dialogisch erarbeitet und evaluiert werden, der bürokratische Aufwand der Antragstellung reduziert und Vergabemodalitäten transparent(er) und flexibler gestaltet werden. Statt einer paternalistischen Kulturpolitik von oben fordern wir eine Kulturpolitik im Dialog.

Dieser Text basiert auf den Ansätzen und Formulierungen der Forderungskataloge, die zahlreiche Personen und Initiativen an uns gesandt haben.

Das sind: IG Freie Theaterarbeit, IG Kultur Wien, IG Autorinnen Autoren, IG Bildende Kunst, Verena Schäffer, Helga Köcher, Daniel Aschwanden, Gerhard Ruiss, eSeL.at, Fariba Mosleh, Willi Hejda, Romana Hagyo, Maria Bergstötter u.a.

An dieser Stelle herzlichen Dank.



Unsere Forderungen an die Kulturpolitik

vorge stellt auf der Pressekonferenz „Eine andere Kulturpolitik ist nötig“
am 01.09.2015, im WUK

1. In Dialog treten

Derzeit findet paternalistische Kulturpolitik von oben statt, die Künstler_innen und Kulturschaffende marginalisiert und entmündigt.

Wir fordern, dass sich die Kulturpolitiker_innen endlich für echte Kommunikation auf Augenhöhe mit den Kunst- und Kulturschaffenden und deren Interessenvertretungen öffnen. Fördermodelle müssen mit den Betroffenen und deren Interessenvertretungen dialogisch erarbeitet und evaluiert werden, damit sie an die Bedürfnisse der Akteur_innen angepasst werden, anstatt wie bisher die Anpassung der Arbeitsweisen von Kunst- und Kulturschaffenden an deren Vorgaben notwendig zu machen.

2. Gegen Verwertungslogik

Geprägt von Standortparadigmen konzentriert sich die Kulturpolitik der Stadt Wien auf medial, parteipolitisch und touristisch nutzbare Institutionen, Events und Großveranstaltungen.

Kunst- und Kulturförderung müssen sich an künstlerischen Ansätzen und gesellschaftlicher und sozialer Notwendigkeit und nicht an Standortpolitik und Verwertungslogik orientieren.

Das Kulturangebot muss sich dabei der demographischen und sozialen Realität der Stadt Wien anpassen.

3. Angemessene Kunst- und Kulturbudgets für die freie Szene

Die freie Szene hat nachweislich einen ganz entscheidenden Anteil am Kunst- und Kulturgesehehen und damit am unverwechselbaren Profil der Stadt. Der Anteil der Gesamtausgaben der Stadt Wien für Kultur, der für die freie Szene zur Verfügung steht liegt laut Studie „Kultur und Geld“ bei 2,5% und ist damit viel zu niedrig.

Wir fordern die Erhöhung des Anteils des Kulturbudgets für die freie Szene auf mindestens 10 %, um mehr Verteilungsgerechtigkeit herzustellen. Um die Leistungen der freien Szene sichtbar zu machen und einen Vergleich zu den erhaltenen Förderungen und den staatlichen Institutionen zu ermöglichen, muss eine Basisdatenerhebung in Auftrag gegeben werden.



Die Pressekonferenz zum Nachhören:
<http://cba.fro.at/294996>

4. Zugang zu Ressourcen – Bottom up statt Top down

Der Zugang zu Ressourcen für künstlerische Arbeit ist abhängig von sozialer Situation, Herkunft, Klasse, Alter, Gesundheit, Staatsbürger_innenschaft, Geschlecht*, Betreuungspflichten, sexueller Orientierung, Vernetzung und medialer Präsenz. Schlagworte wie „Exzellenzförderung statt Gießkannenprinzip“ und „Förderung unkonventioneller Initiativen“ verschleiern, dass Mittel gekürzt und Zugänge erschwert werden.

Wir fordern für Künstler_innen und Kulturschaffende mit unterschiedlichen Bedürfnissen gleichberechtigten Zugang zur Erfüllung ihrer Arbeitsvorhaben. Öffentliche Förderungen sollten nicht nur einigen wenigen, sondern einer möglichst breiten Schicht zugutekommen.

5. Kontinuität ermöglichen

Die derzeit übliche Reduktion auf kleinteilige Projektförderung zwingt Kunst- und Kulturschaffende zu einem permanentem Einreichmarathon, der alle ausschließt, die keine ausreichenden finanziellen, personellen und zeitlichen Ressourcen für das Verfassen aufwändiger Anträge und Konzeptionen mitbringen. Wie die Ausschreibung Shift exemplarisch zeigt, bringen nur wenige Einreichungen finanziellen Erfolg (bei Shift 22 von 539). Selbst bei geförderten Projekten übersteigt der Aufwand häufig das Ergebnis, das oft nicht einmal die Produktionskosten deckt.

Wir fordern adäquate Möglichkeiten zur Realisierung unserer unterschiedlichen

Arbeitsvorhaben. Kunst- und Kulturförderung muss Kunstschaffenden, Initiativen und Vereinen langfristiges Arbeiten ermöglichen. Dafür müssen die Budgets für Arbeitsstipendien und Strukturförderungen ausgeweitet werden. Der bürokratische Aufwand muss reduziert und Vergabemodalitäten transparenter und flexibler gestaltet werden. Projektförderungen müssen so bemessen sein, dass Künstler_innenhonorare darin enthalten sind und Basisförderungen an die Inflation angepasst werden. Bildende Künstler_innen sollen in öffentlichen Institutionen Ausstellungshonorare erhalten.

6. Infrastruktur fördern

Kunst- und Kulturschaffenden der freien und autonomen Szene mangelt es an Raum für künstlerische Produktion, Werkstätten, Veranstaltungen, Präsentation, partizipatives Arbeiten, Bildung und Kommunikation. Ebenso besteht Bedarf an konsumfreien Begegnungsräumen für alle, die kostenfrei nutzbar sind.

Die Schaffung und Erhaltung von selbstverwalteten, mietfreien und barrierefreien Räumlichkeiten durch Initiativen und Vereine müssen ermöglicht und gefördert werden. Die aktuelle Antwort der Politik, mittels der Agentur „kreative Räume“ prekäre Zwischennutzung anzubieten, ist dabei keine nachhaltige Lösung und nur ergänzend hilfreich. Ebenso sind Public-private-Partnerships für öffentliche Einrichtungen abzulehnen, da es sich hierbei um eine teure und intransparente Entwicklung mit nachteiligen Effekten handelt.

7. Prekarisierung entgegnetreten

Kunst und Kultur werden in großem Ausmaß in unbezahlter Arbeit geschaffen. Viele Kunst- und Kulturschaffenden der freien und autonomen Szene leben unter der Armutsgrenze und erwerben folglich unzureichende Pensionsansprüche. Sie gehören zu den im Krankheitsfall und im Alter am schlechtesten abgesicherten Bevölkerungsgruppen. Derzeit übernimmt die Kulturpolitik keine Verantwortung für diese Arbeitsbedingungen. Kunst- und Kulturschaffende sind immer wieder gezwungen, Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen, deren Regulierungen zudem vielfach mit den unplanbaren Erwerbsrealitäten von Selbstständigen unvereinbar sind. Auch die Arbeitslosenversicherung versagt zunehmend als soziales Netz. Prekäre Beschäftigungen und Scheinselbständigkeiten führen dazu, dass immer weniger Kunst- und Kulturschaffende überhaupt Ansprüche erwerben können. Und diejenigen, die Ansprüche auf Arbeitslosengeld erworben haben, können ihre Rechte nur dann geltend machen, wenn sie gravierende Berufsbehinderungen in Kauf nehmen, wenn sie ihre Pflichtversicherung und Tätigkeit auf Dauer beenden oder vorübergehend ruhend melden – doch Letzteres ist ausschließlich für Künstler_innen (definiert nach einem restriktiven Kunstbegriff) und Gewerbetreibende möglich.

Einmalige Almosen reichen nicht aus. Wir fordern eine adäquate Absicherung, die auf die Realität des prekären Kunst- und Kulturschaffens abgestimmt ist.

8. Transkulturelle Öffnung

Laut Mikrozensus haben mittlerweile 49 % der Bevölkerung in Wien Migrationshintergrund. Diese reale Vielfalt findet keine Entsprechung im Kulturbetrieb.

Die Kulturpolitik ist gefordert, die Mehrsprachigkeit und die Vielfalt der Wiener Bevölkerung als Realität und Bereicherung anzuerkennen. Strukturelle und systematische Benachteiligungen müssen abgebaut werden. Die Organisationsstrukturen in Kulturinstitutionen brauchen Diversität auf allen Ebenen. Die Programmgestaltung soll Inhalte und Produktionen fördern, die für Menschen mit unterschiedlichen sozialen und kulturellen Hintergründen interessant sind. Und die Arbeitsbedingungen von migrantischen Künstler_innen sind zu verbessern.

9. Feministische und queere Positionen

Frauen* und Menschen mit queeren Identitäten sind im Kunstbetrieb noch immer benachteiligt. Feministische Forschung und Genderforschung sind mit ungenügenden Ressourcen ausgestattet.

Die Förderung von Frauen* und Menschen mit queeren Identitäten muss intensiviert werden und sich an deren Bedürfnissen und Ansätzen orientieren. Feministische und queere Positionen sind als fixer Bestandteil in Bildung und Forschung zu etablieren.

10. Gleichberechtigung älterer Künstler_innen

Ab einem gewissen Alter ist es für nicht arrivierte Künstler_innen weitgehend unmöglich, noch Förderungen zu erhalten. Förderaktionen öffentlicher Stellen sind meist an Alterslimits gebunden. Zeitgerechte Marktdurchdringung als alleiniges Kriterium für künstlerische Qualität zu setzen, ist fragwürdig. Künstlerische Karrieren in der freien Szene sind individuell und von vielen Faktoren und Zufällen abhängig.

Wir fordern Verzicht auf Alterslimits bei Förderaktionen und gleichberechtigten Zugang für Künstler_innen jedes Alters zu Förderungen.

11. Vereinbarkeit von Betreuungspflichten verbessern

Arbeit und Familie sind in Kunst- und Kulturarbeit schwer zu vereinbaren, was unter anderem an der prekären Einkommenssituation und an den notwendigen Abendterminen für Arbeit, Präsentation und Networking liegt.

Wir fordern Stipendien explizit zur Förderung von Künstler_innen mit Kinderbetreuungspflichten. Bei Ausschreibungen muss berücksichtigt werden, dass Karriereverläufe von Betreuungspflichten für Kinder oder alte und kranke Menschen unterbrochen und verzögert werden.

12. Konsumfreien öffentlichen Raum schaffen und erhalten

Mit der Kommerzialisierung des öffentlichen Raums ist eine Verdrängung jener Personengruppen verbunden, die geringere finanzielle Ressourcen haben oder Straßen und Plätze alternativ zum konsumorientierten Angebot nutzen.

Die Zugänglichkeit des öffentlichen Raumes bildet die Basis einer solidarischen Gesellschaft. Kommunale Grünräume müssen erhalten oder bei Verlusten ersetzt werden. Um nichtkommerzielle Veranstaltungen in Parks zu ermöglichen, braucht es Pavillons mit Wasser- und Stromzugang. Um die Organisation und Ankündigung von gemeinnützigen Veranstaltungen zu erleichtern, ist es nötig, den bürokratischen Aufwand zu reduzieren, infrastrukturelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen und die Plakatifreiheit wieder einzuführen. Ebenso müssen die Auflagen für Straßenmusik und -theater reduziert werden.

13. Kreativität und Selbstbestimmung in der Bildung

Kreative Fächer werden in der Schulbildung zunehmend reduziert. Gleichzeitig werden universitäre Studien wirtschaftlichen Bedürfnissen angepasst, indem Möglichkeiten des selbstbestimmten Arbeitens unterbunden werden. Mit der Zentralmatura wurde der Spielraum für individuelle Schwerpunkte eingeschränkt.

Kreative Fächer und Literatur sind ebenso wichtig wie Naturwissenschaften und Sprachen, und sollten eher ausgebaut als reduziert werden. Kreatives Arbeiten entfaltet die Fähigkeit, sich auszudrücken und muss allen Kindern zugänglich sein. Niederschwellige Kulturangebote für Kinder sollen verstärkt gefördert werden.

14. Wien als TTIP-freie Kommune

Das Freihandelsabkommen TTIP gefährdet demokratische Strukturen, Lebensmittelsicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen. Es würde trotz Ausnahmeregelungen die kulturpolitischen Handlungsspielräume einschränken und die Lage von Kunst- und Kulturschaffenden verschlechtern.

Wir fordern, Wien als TTIP-freie Kommune zu deklarieren.

15. Solidarische und menschliche Flüchtlingspolitik

Freie Kunst- und Kulturarbeit erfordert Bewegungsfreiheit für alle. Wir fordern eine solidarische und menschliche Flüchtlingspolitik, die Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die Chance gibt, in Wien, Österreich und Europa gleichberechtigt zu leben.

Kultur als Konditionierung?

Text von Helga Köcher
helga.koecher@chello.at
Netzwerke www.eop.at und
www.viennavant.at - Wien, 2015

Immer üppiger schwelgt Wien in der Euphorie „Wir sind die Größten!“ Die Kulturpolitik hat die Fokussierung auf Mega-Ereignisse und Stars massiv verstärkt. Events zählen mehr als kontinuierliche künstlerische und kulturelle Arbeit. Eine Woche Song Contest war der Stadt viele Millionen wert. „Ganz Wien fiebert mit“ wurde kolportiert. Was machte es aus, dass der österreichische Beitrag bescheiden war? Wichtig war die Eintragung ins Guinness Buch der Rekorde. Für die Premiere von „Mission Impossible“ mit Tom Cruise wurde die Staatsoper zu einem riesigen IMAX-Kino umgebaut und der Ring für drei Tage gesperrt. Größer, noch größer und natürlich „populärer“...

Im Mai 2015 hat eine Schar von lebensgroßen Kunstfiguren den Wiener Karlsplatz bevölkert. Diese „Kultis“ der Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“ wollten darauf aufmerksam machen, dass sich nicht alle Menschen Kunst und Kultur leisten können. Die Barrieren sind aber nicht nur finanziell. Die meisten Menschen gehören nicht mehr „dazu“. Sie dürfen draußen auf Videoscreens zuschauen, wie die Prominenz die großen

Ereignisse genießt. Und diese Selektion betrifft nicht nur das Publikum. Während wenige Stars gefeiert werden, ist das Schaffen der meisten Künstlerinnen und Künstler ein Balanceakt am Existenzminimum - und die Studie „Zur sozialen Lage der Künstler und Künstlerinnen in Österreich“ stellte bereits 2008 fest, dass das Problem nicht nur ein finanzielles ist: „Zu wenig Interesse erfährt die zeitgenössische Kunst in diesem Land, zu schwach ist der Wunsch nach einer eigenständigen Kunstszene mit internationalem Profil, zu wenig wird den Kunstschaffenden zugetraut und zu wenig Wertschätzung wird ihnen und ihrer Arbeit entgegengebracht.“

Kunst- und Kulturschaffende können heute nicht mehr die Entwicklung mitgestalten wie im kulturellen Aufbruch Wiens vor einem Jahrhundert. Statt wahrgenommen und einbezogen zu werden, erfahren die Künstlerinnen und Künstler eine ähnliche Marginalisierung wie die Zielgruppen der Aktion „Hunger auf Kunst und Kultur“. Produktives Kunstschaffen erfordert substantielle Förderung. Qualität bedarf der ökonomischen Grundlage und sozialen Absicherung. Nur dadurch ist kontinuierliches Arbeiten und damit künstlerische Entwicklung möglich. Diesen Aspekt missachtet aber die auf Projekt- statt Basisförderung ausgerichtete Kulturpolitik Wiens und vergeudet damit Talente. Der Kunstmarkt funktioniert unter neoliberalen Bedingungen. Die Kulturpolitik setzt keine Gegenimpulse, sondern

spielt mit in einer unheiligen Allianz, die mit Kunst und Kultur immer weniger zu tun hat. Blockbuster, Superevents, Massenveranstaltungen. Da fühlt sich die Stadtpolitik groß. Aber was wird damit transportiert? Die Frage nach Kultur ist eng mit der Frage nach den politischen Zielen eines Gemeinwesens verbunden. Für Neil Postman war bereits 1985 klar: „Wenn ein Volk sich von Trivialitäten ablenken lässt, wenn das kulturelle Leben neu bestimmt wird als eine endlose Reihe von Unterhaltungsveranstaltungen, als gigantischer Amüsierbetrieb, wenn der öffentliche Diskurs zum unterschiedslosen Geplapper wird, kurz, wenn aus Bürgern Zuschauer werden und ihre öffentlichen Angelegenheiten zur Varieté-Nummer herunterkommen, dann ist die Nation in Gefahr – das Absterben der Kultur wird zur realen Bedrohung.“

Dass diese Konditionierung zum Konsumieren von Spektakeln die Demokratie erodiert und einem Rechtsruck Vorschub leistet, wollen die politisch Verantwortlichen offenbar nicht sehen. Marginalisierung bringt Menschen dazu, andere zu marginalisieren. Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird nicht mit Bewunderungsbühnen für Prominenz erreicht. Nötig sind Orte der Begegnung mit Infrastruktur für schöpferische und engagierte Menschen. Nötig ist Offenheit, ist Ermutigung, sind Räume der Kommunikation, in denen die Stadt mit ihren Kunst- und Kulturschaffenden an gemeinsamen Visionen für unsere Zukunft arbeitet.

Aufruftext zur Demonstration am 03.10.: für eine andere Kulturpolitik

Samstag, 3. Oktober, 11.00 Friedrich-Schmidt-Platz: Demo für eine andere Kulturpolitik:

Für: Freiraum, Bewegungsfreiheit, Bleibe-recht, Selbstverwaltung, Umverteilung, Recht auf Stadt und das gute Leben

Eine andere ...

Stadtpolitik

Raumpolitik

Kulturpolitik

Asylpolitik

... Politik #istnoetig

Treffpunkt: Sa., 3. Oktober, 11.00 Wiese hinter dem Rathaus (zwischen MA 7 und Rathaus) Adresse: Friedrich-Schmidt-Platz/Florianipark

Protest-Brunch der freien und autonomen Kunst- und Kulturszene bei Wasser und Brot.

Anschließend Demonstration zum Westbahnhof. Dort beteiligen wir uns als außerparlamentarischer Block der freien und autonomen Kunst- und Kulturszene bei der Demonstration „Flüchtlinge Willkommen“.

kein mensch ist illegal

3. Oktober !!!

11 Uhr: Protest-Brunch der freien und autonomen Kunst- und Kulturszene am Friedrich-Schmidt-Platz zwischen Rathaus und MA 7

**»Eine andere Kulturpolitik #istnoetig
»Leerstand freigeben für Geflüchtete #istnoetig
»Recht auf Stadt #istnoetig**

12 Uhr: Demo Richtung Westbahnhof

13 Uhr: Großdemo für menschliche Asylpolitik:
„Geflüchtete willkommen!“ Christian-Broda-Platz (beim Westbahnhof)

16.30 Voices for Refugees - Solikonzert am Heldenplatz

Bis 22 Uhr: Alternatiba - Straßenfest für Alternativen am Karlsplatz

mehr infos unter > <http://www.igkulturwien.net/istnoetig/>

Schluss mit Paternalismus und Verwertungslogik!

Kunst- und Kulturförderung müssen sich an künstlerischen Ansätzen und gesellschaftlicher und sozialer Notwendigkeit und nicht an Standortpolitik und Verwertungslogik orientieren. Der Anteil der Gesamtausgaben der Stadt Wien für Kultur, der an die freie Szene geht, muss von derzeit rund 3 auf mindesten 10 Prozent angehoben werden. Wir fordern für Künstler_innen und Kulturschaffende mit unterschiedlichen Bedürfnissen gleichberechtigten Zugang zur Erfüllung ihrer Arbeitsvorhaben – unabhängig von sozialer Situation, Herkunft, Klasse, Alter, Gesundheit, Staatsbürger_innenschaft, Geschlecht*, Betreuungspflichten, sexueller Orientierung, Vernetzung und medialer Präsenz!

Her mit den leerstehenden Räumen

für freie und autonome Kulturarbeit, für Veranstaltungen, für künstlerische Produktion, für Werkstätten, für partizipatives Arbeiten, für Bildung, für Kommunikationsmöglichkeiten, für konsumfreie Begegnungsräume, für selbstbestimmtes Leben, Arbeiten und Wohnen!

Öffentlicher Raum für alle!

Schluss mit der Kommerzialisierung des öffentlichen Raums. Plätze, Parks und Grünräume müssen erhalten und zugänglich bleiben. Barrierefreie Infrastruktur muss deren Nutzung für alle ermöglichen. Straßentheater, Straßen-

musik, Streetart, Veranstaltungen und freies Plakatieren müssen erleichtert, entbürokratisiert und entkriminalisiert werden!

Bewegungsfreiheit und Menschenrechte für alle!

Freiheit von Kunst und Kultur heißt auch Freiheit für alle Menschen. Rassistische Ausgrenzung und die aktuelle Flüchtlingsabwehrpolitik sind mörderisch und unerträglich. Wir fordern eine solidarische und menschliche Flüchtlingspolitik, die Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die Chance gibt, in Wien, Österreich und Europa gleichberechtigt zu leben. Fluchthilfe jetzt!

Gegen Prekarisierung! Für eine TTIP-freie Zone! Für Kreativität und Selbstbestimmung in der Bildung! ...



Unsere Arbeit #istnoetig!

Beitrag des Kulturzentrum Amerlinghaus anlässlich der Demonstration am 03.10.2015

Seit 1975 ist das Kulturzentrum im Amerlinghaus kontinuierlich eine offene, niederschwellige Struktur, in der eine Vielfalt gesellschaftsemanzipatorischer und selbstorganisierter Projekte arbeitet und bildet eine – oft die einzige – unverzichtbare Ressource für kritische Basis- und Gegenkulturarbeit, für Bildungsarbeit, soziale Arbeit und für antirassistische kulturpolitische Initiativen.

Abseits von Hochglanz und Mainstream eröffnet das Kulturzentrum im Amerlinghaus inkludierende Räume der sozialen und kulturellen Partizipation und Selbstbestimmung, in denen Diskurse der Solidarität, der Ent-Grenzungen und des kritischen Denkens gepflegt werden, und wo kontinuierlich an einem offenen, inklusiven Kulturbegriff gearbeitet wird. Eindeutig besetzte Bereiche wie „Kultur“, „Politik“ und „Soziales“ werden in vielfältigen Aktivitäten aufgebrochen. Diese Struktur ermöglicht Austausch und Diskussion, baut Berührungsgänge ab, verhindert Vereinzelung und Abschottung und bringt immer wieder neue Impulse.

Durch die Heterogenität der Nutzungsmöglichkeiten treffen einander hier auf einer ganz alltäglichen Ebene Menschen aller Altersgruppen, Migrant_innen, Künstler_innen, politisch Aktive ebenso wie Obdach- und Erwerbsarbeitslose. Gemeinsam teilen sie sich die Räume und Infrastruktur. Gemeinsam ist ihnen auch der Anspruch, ihr sogen. „Schicksal“ in die eigenen Hände zu nehmen.

Um das Zentrum als nicht-kommerziellen Veranstaltungs-, Arbeits- und Kommunikationsraum zu erhalten, und damit der Betrieb als offenes, intergenerationelles, transkulturelles und politics-übergreifendes Basiskulturzentrum überhaupt noch möglich ist, müssen wir seit vielen Jahren um eine ausreichende Förderung durch die Gemeinde Wien kämpfen. Auch 2014 mussten wir uns wieder einmal – dank des vehementen Protestes und der großen Solidarität mit Erfolg – gegen die erneuten Versuche der Gemeinde wehren, durch massive Subventionskürzungen und Hinhaltetaktiken die Infrastruktur des Zentrums zu zerschlagen.

Zwar haben wir es bis jetzt geschafft, mit viel Vernetzung und Solidarität, gemeinsam mit vielen Gruppen und Initiativen im Kulturzentrum und außerhalb, und mit einer Reihe von widerständigen, kreativen und solidarischen Aktionen das Kulturzentrum im Amerlinghaus zu erhalten. Unerfüllt ist aber auch nach vielen Jahren zäher Verhandlungen unsere Forderung nach einer ausreichenden, an die massiven Kostensteigerungen wertangepassten Grundkostenförderung für das Zentrum. Offen ist auch die Frage der Sanierung sowie einer Mietreduktion durch die Gesiba, die beträchtliche Rücklagen aus den Mieten für das Amerlinghaus gebildet und sich bei der „Revitalisierung“ des Spittelbergs eine goldene Nase verdient hat. Die Miete wird, obwohl Teil unserer

Grundkostenförderung, seit 2014 von der Stadt nicht mehr an uns, sondern über uns als Mieter_in hinweg direkt an die Gesiba (zu 99,97 % im Eigentum der Stadt Wien) gezahlt – inklusive der von uns in den bisherigen Verhandlungen mit der Gesiba mühsam errungenen Mietreduktion von einer Monatsmiete! Planungssicherheit für das Kulturzentrum ist dagegen nach wie vor keine in Sicht.

Auch dürfen wir im Förderansuchen den realen Bedarf nicht artikulieren. Der Druck, Eigenmittel zu lukrieren, ist enorm gestiegen. Auf unsere Fragen antwortet die Stadt mit Technokratie und der Botschaft: Helft euch selbst, wir haben kein Geld.

Aussagen wie „Das AMS hat in solchen Fällen schon geholfen“, „Sucht euch zahlungskräftige Gruppen“, finden wir im Hinblick auf die kulturpolitische Aufgabe des Zentrums und seine Nutzer_innenstruktur zynisch und gesellschaftspolitisch gefährlich. Es ist kein Geld da, wird uns wieder und wieder gesagt. Geht es nicht vielmehr darum, dass Geld nur mehr für „wachstumsrelevante“ Projekte da ist, während an anderer Stelle durch „Einsparungen“ an den Lohnabhängigen gespart wird und an nach neoliberaler Logik nicht wachstumsrelevanten Sektoren wie Sozialversorgung, Basis- und Gegenkultur, politischer Bildung, Trans- und Interkulturellem? Ist es das, was die politisch Verantwortlichen wollen?

Nicht nur ist es skandalös und enorm anstrengend, dass jedes Jahr aufs Neue Protestmaßnahmen nötig sind, um das Zentrum im Amerlinghaus in seiner Struktur und Funktion zu erhalten. Es stellt sich die Frage, wie wir mit



Stiftgasse 8 1070 Wien 01 523 64 75
amerlinghaus@inode.at
www.amerlinghaus.at
Info-Büroöffnungszeiten:
Werktags Mo bis Fr 14:00 bis 20:00

solcherlei Disziplinierungs- und Zermürbungstaktiken, einer de facto sinkenden Förderung und steigenden Kosten zukünftig umgehen sollen und können, zumal uns die politische Diskussion seitens der Stadt schlichtweg verweigert wird.

Immer größere Teile der Gesellschaft werden von Partizipationsmöglichkeiten weitgehend ausgeschlossen und damit noch weiter an den gesellschaftlichen Rand und in die Unsichtbarkeit gedrängt, ausgegrenzt oder mundtot gemacht.

In einem gesamtgesellschaftlichen Kontext, der geprägt ist von Einsparungen und Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich, von steigender Armutsgefährdung, zunehmenden Ausgrenzungen und steigender Repression gegenüber alternativen Gesellschaftsentwürfen, wissen wir, dass wir in der Frage der Art und Weise unseres Weiterbestandes weiterhin widerständig, kreativ und solidarisch mit vielen anderen kulturellen und sozialen

Projekte und Initiativen, die vom Aus bedroht sind, sein werden müssen und wollen.

Wir sind kein Einzelfall, sondern eines von vielen widerständig-unbequemen Zentren und Projekten, in denen kontinuierlich an kritischen und solidarischen Gesellschaftsentwürfen und Praxen gearbeitet wird, und die von Kürzungen und strukturellen Eingriffen bedroht sind. Wir wehren uns gegen die Aushungerung, Räumung, Unsichtbarmachung von sozialer, transkultureller und Bildungsarbeit, denn dies ist ein Angriff auf uns alle!

Gemeinsam sind wir stärker, und wir wollen auch das 40-jährige Jubiläum der Besetzung des Amerlinghauses nicht nostalgisch und selbstreferentiell feiern, sondern weiter daran arbeiten, unsere Kräfte zu bündeln und zeigen, dass wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen, sondern uns gegenseitig in unseren Kämpfen stärken und entschlossen und gemeinsam mit vielen anderen gegen den herrschenden, exklusiven Kulturbegriff, gegen neoliberale Verwertungslogik und soziale Verdrängung, gegen unleistbare Mieten, die Kommerzialisierung des öffentlichen Raumes, Kriminalisierung und Repression widerständige Aktionen setzen!

Eure Berechnung muss mit unserem Widerstand rechnen!

Solidarität ist unsere Waffe!

Lassen wir nicht zu, dass kritische, prekarierte, nicht-„profitable“ Initiativen und Projekte verdrängt und unsichtbar gemacht werden!

Wir brauchen mehr und nicht weniger Freiräume, mehr unabhängige und selbstorganisierte Projekte, mehr autonome Hausprojekte, mehr Wagenplätze!

Mehr und nicht weniger soziale, kulturelle, kommunikative Zentren!

Gegen die neoliberale Verwertungslogik!

Gegen die Kommerzialisierung des öffentlichen Raums!

Für das Recht auf Stadt und Land für alle!

Transnationale Solidarität statt Fremdenwesen!

Wir bleiben alle und wir werden mehr!



Recht auf Stadt – Vom Gegenwärtigen zum Möglichen.

RECHT AUF **!STADT**

Unter dem Slogan »Recht auf Stadt« haben sich in den letzten Jahren rund um den Globus vielfältige Bündnisse formiert. Recht auf Stadt Wien ist Teil dieser Bewegung. Wir setzen uns für ein Recht auf Stadt für alle ein und unter »alle« verstehen wir in erster Linie diejenigen, denen das »Recht auf Stadt« und somit das Recht auf aktive und gleichberechtigte Teilhabe und Gestaltung der urbanen Gesellschaft heute verwehrt wird...
weiter -> <http://rechtaufstadt.at>

Das Recht-auf-Stadt Netzwerk bietet ...

- eine Plattform zum Austausch und zur Verknüpfung unterschiedlicher Initiativen und Menschen.
- eine Möglichkeit, sich zu organisieren und sich gemeinsam für eine andere urbane Gesellschaft einzusetzen.
- einen Wissenspool zu urbanen Themen.

Das Recht-auf-Stadt Netzwerk macht ...

- politische Arbeit in Arbeitsgruppen zu bestimmten Themen/Fragen
- monatliche Treffen (siehe Webseite), in denen ihr Leute finden könnt, die sich für ähnliche Themen interessieren
- eine Homepage und einen Newsletter.

Kontaktiere uns unter:

contact@rechtaufstadt.at

Das „Recht auf Stadt“ ist Aufschrei gegen eine Stadtpolitik, die sich immer verstärkter an Kapitalinteressen und einer möglichst hohen Verwertung von Raum orientiert. Delogierungen und steigende Mieten zeigen an: Hier geht es nicht um günstigen Wohnraum für alle, sondern um möglichst hohen Profit für Hauseigentümer_innen und Immobilienfirmen. Privatisierung, Kommerzialisierung und Festivalisierung öffentlichen Raumes verdrängen all jene, die sich diese Stadt nicht mehr leisten können. Platzverweise und Verwaltungsstrafen helfen bei all jenen Gruppen nach, die dem Stadtimage „sauber und sorglos“ nicht entsprechen. Angemessener Wohnraum und Mitbestimmungsmöglichkeiten bleiben dabei beispielsweise für Geflüchtete Menschen ein Traum.

Das „Recht auf Stadt“ ist jedoch nicht nur Aufschrei und Widerstand gegen neoliberale Stadtentwicklung und Inwertsetzung von Raum.

Es ist gleichzeitig Forderung nach einem ganz anderen urbanen Leben. Den aktuellen Entwicklungen setzt es eine Praxis entgegen, die sich am Möglichen orientiert.

Alle sollen Zugang zu städtischen Ressourcen und Informationen haben. Straßen und Plätze sollen ein Ort werden, an dem verschiedenste Menschen zusammen kommen (können). Denn die Stadt ist kein aufgeräumtes Wohnzimmer, sondern lebt gerade von dieser verdichteten Unterschiedlichkeit: dem spontanen

Zusammenkommen, der Diskussion, dem Streit und dem Feiern. Das Mögliche bricht mit dem Gegenwärtigen. Solidarisches Zusammenleben und die Idee des Gemeinsamen, der Commons, bricht mit der Kapital- und Warenlogik, die wie keine andere die aktuelle Stadt produziert. Sie bricht aber auch mit der Regierungs- und Verwaltungslogik.

„Recht auf Stadt“ heißt mit Lefebvre nichts anderes, als die Stärkung und Umsetzung von Strukturen der Selbstverwaltung. Das Motto „Die Häuser denen, die drin wohnen“ muss ausgeweitet werden: Es braucht neue Formen, die eine selbstorganisierte Gestaltung von Stadt ermöglichen – aktuelle Bürger_innenbeteiligungsverfahren sind weit entfernt davon.

Der Weg vom Gegenwärtigen zum Möglichen wird nicht nur durch gute Argumente zu beschreiten sein. Privilegien, Machtstellungen und Gestaltungsmöglichkeiten werden nicht freiwillig abgegeben. Kapitalistische Logiken sind gesellschaftlich und auch in uns tief verankert.

Wir müssen Formen der Organisation entwickeln und soziale Kämpfe führen, die mit kapitalistischen Logiken der Raumproduktion brechen. Denn nur dadurch schaffen wir Orte des Experimentierens und Lernens und öffnen Wege für eine ganz andere Stadt. Und dies ist der Horizont des Möglichen. Wir sollten uns nicht durch das Gegenwärtige begrenzen lassen, sondern kollektiv ausbrechen.

Positionspapier zum Thema Boden

von Pankahyttt
<http://www.pankahyttt.at/>

Es muss klar sein, dass diese Forderungen nur erste Verbesserungen der Lebensbedingungen der Menschen sein können. Es wird Zeit, dass die reichen AusbeuterInnen zum Gemeinwohl beitragen, damit nicht immer nur wir mittels Lügen wie Profitrate und Wirtschaftsstandort dazu gezwungen werden, uns für sie zu Tode zu schinden!

Eine wirkliche Lösung kann nur die Abschaffung von Privateigentum an Boden und Produktionsmitteln sein. Diese Gesellschaft ist reich genug, um allen Menschen ein würdiges Dasein zuzugestehen. Es ist an der Zeit, gemeinsam und stark aufzutreten, um eine grundlegende Neugestaltung der Gesellschaft durchzusetzen. Unsere Stärke liegt in der Vielfältigkeit der Kämpfe, die solidarisch miteinander verbunden sind!



Mietfreies Wohnen für alle!

Es ist eine bodenlose Frechheit, dass Menschen aufgrund ihres Bedürfnisses zu wohnen ausgebeutet werden. Im Gegensatz zu Betriebskosten und Reparaturkostenrücklage ist Miete kein Leistungsentgelt. Sie muss immer noch bezahlt werden, auch wenn Anschaffungs- und Errichtungskosten längst abgegolten sind.

Mieteinnahmen und Bodenzins sind Einkommen auf erpresserischer Grundlage. Wohnen müssen alle und der Platz dafür ist begrenzt. Obdachlosigkeit wird nicht nur in Kauf genommen, sie ist eine Zwangsandrohung zur Durchsetzung der herrschenden Verhältnisse.

Profite lassen sich eben nicht durch gerechte Verteilung erzielen, sondern nur durch Vorenthaltung und Entrechtung.

Wir fordern die Einführung unbefristeter Hauptmietverträge auf Betriebskostenbasis!

Wir fordern die SP Wien auf, sich ihrer früheren Werte zu besinnen und Wohnen wieder leistbar zu machen!

Letztes Jahr konnte die Gemeinde durch breiten gesellschaftlichen Druck dazu bewegt werden, eine zentrale Forderung zu erfüllen. Wir werden sehen, ob es sich bei der versprochenen Wiederaufnahme des kommunalen Wohnbaus nicht um einen schlechten Wahlkampf Gag handelt.

Um Wohnen wieder leistbar zu machen, bedarf es aber nicht nur eines ambitionierten kommunalen

Wohnbauprogrammes, sondern etlicher weiterer Maßnahmen, vor allem im Bereich des Mietrechts. Ein weiterer nötiger Schritt wäre der Ankauf speku-

tionsgefährdeter Objekte durch die Gemeinde.

Hätte nicht die Stadt Wien nach dem ersten Weltkrieg den größten Teil der Verantwortung für den Wohnbau übernommen, wären die Mieten hier auf einem ähnlichen Niveau wie in London oder Paris. Mit dem Stopp der Errichtung von Gemeindewohnungen Mitte der 80er-Jahre und der darauf folgenden Verschwendung der Wohnbausteuer als Subventionstopf für SpekulantInnen ist die Gemeinde für die immer weiter steigenden Mieten verantwortlich. Richtwertmietzins, Ausnahmeregelungen und Befristungsmöglichkeiten haben zu einer willkürlichen Mietpreisgestaltung geführt.

Wir fordern die sofortige Einführung mietfreien Wohnens im Gemeindebau!

Wir fordern kommunalen Wohnbau in adäquatem Ausmaß!

Vergesellschaftung ist der beste MieterInnenschutz!

Der Immobilienmarkt richtet sich prinzipiell gegen die Lebensinteressen der Menschen. Stadtteilaufwertung, Baupro-



jekte und neue Mietverträge bringen höhere Mieten. Wenn legale Mittel nicht ausreichen, wird auch mit kriminellen Methoden vorgegangen, um MieterInnen auszunehmen oder loszuwerden. Trotz der vermierterInnenfreundlichen Gesetze ist es üblich, dass Mieten verlangt werden, die den legalen Rahmen übersteigen. Das zu viel Bezahlte kann mühevoll zurückgeklagt werden. Es gibt aber keine Möglichkeit, um die VermieterInnen zu sanktionieren oder an dieser Form gewerbsmäßigen Betrugs zu hindern.

Wir fordern die Enteignung von ImmobilienbesitzerInnen, die sich über die Gesetze hinwegsetzen.

Nutzungsrecht statt Almosen

Stadt Wien und Wirtschaftskammer bauen eine „Agentur für Zwischennutzung“ auf. Diese soll leerstehende (in erster Linie gemeindeeigene) Räumlichkeiten an Personen, Initiativen oder Unternehmen weitervermitteln. Eine bewusst handlungsunfähig gehaltene Behörde soll versuchen, dem immer größer werdenden Bedarf an frei gestaltbaren Räumen etwas entgegenzustellen. Dass das als lächerlich und zum Scheitern verurteilt bezeichnet werden muss, sowie an unser aller Bedürfnisse vorbeigeht, versteht sich von selbst.

Wohnen, Räume gestalten oder Projekte entwickeln setzt voraus, dass die NutzerInnen Rechtssicherheit haben und selbst entscheiden können, wann sie gehen. Dem steht das von der Stadt angestrebte Zwischennutzungskonzept entgegen, welches nur sicherstellt, dass Projekte jederzeit abgedreht werden können. Sprich ambitionierte Projekte

renovieren Bruchbuden gratis, um später finanzkräftigeren Unternehmen Platz machen zu müssen. Diese Form der Zwischennutzung dient lediglich der Stadtbildpflege, Stadteilaufwertung und Mieterhöhung. SOHO total!

Leerstand dient dazu, die Profite der SpekulantInnen zu sichern. Wir fordern, dass Wohnungen, Häuser und Grundstücke, die leerstehen, zu Wohnzwecken sowie für unkommerzielle, nicht-profitorientierte Projekte unkompliziert und unbefristet genutzt werden können.

Wir fordern die Gemeinde Wien auf, ihre Verantwortung endlich wahrzunehmen!

Wir fordern eine Meldepflicht leerstehender Immobilien an ein öffentlich einsehbares Verzeichnis.

Wir fordern ein Nutzungsrecht für leerstehende Häuser, Wohnungen und Grundstücke!

Alternative und autonome Lebensformen brauchen Raum.

Nur so kann dem rechtsradikalen Mainstream etwas entgegengestellt werden!

Pankahytt, September 2015

Leerstand öffnen für Flüchtende #istnoetig!

Statement der IG Kultur Wien vom 09.09.2015

Freie und autonome Kunst- und Kulturschaffende fordern Bewegungsfreiheit und Menschenrechte für alle!

Es gehe nicht an, dass Menschen auf der Flucht in überfüllte Lager, Zelte oder Container gesteckt oder ohne Obdach gelassen werden, während gleichzeitig zigtausende Wohnungen, Büros und andere Räume leerstehen. Das erklärte heute Fanja Haybach von der IG Kultur Wien. Österreichweit gebe es leerstehende Immobilien im Eigentum der Länder, des Bundes oder von Konzernen. Die zu öffnen sei möglich und nötig.

Die Forderung nach Öffnung von Leerstand ist ebenso wie die Forderung nach Bewegungsfreiheit und Menschenrechten für alle eine Hauptforderung bei der Demonstration für eine andere (Kultur-) Politik am 3. Oktober in Wien.

Kunst- und Kulturschaffende demonstrieren am 3. Oktober um 11 Uhr vor der MA 7 am Friedrich-Schmidt-Platz für eine Verbesserung der Bedingungen von Kunst- und Kulturarbeit. Danach schließen sie sich am Christian-Broda-Platz der Großdemonstration „Flüchtlinge willkommen!“ an.

Freiheit von Kunst und Kultur heiße auch Freiheit für alle Menschen, meinte Claudia Totschnigg von der IG Kultur Wien. Rassistische Ausgrenzung und die aktuelle Politik der Abwehr flüchtender Menschen seien mörderisch und uner-

träglich. Alle Menschen haben das Recht, dort zu leben und sich dorthin zu bewegen, wo sie wollen. Das erfordere offene Grenzen und Bewegungsfreiheit für alle.

Willi Hejda von der IG Kultur Wien betonte: „Wir fordern daher eine solidarische und menschliche Politik, die Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die Chance gibt, in Wien, Österreich und Europa gleichberechtigt zu leben. Und wir fordern die Öffnung von Leerstand für Flüchtende.“

**Open the borders --
freedom of movement! ist nötig!**

**Leerstand öffnen für Flüchtende ist
möglich nötig!**

**Massenobdachlosigkeit, Lager und
Zeltstädte sind nicht nötig**



Aufruf zum außerparlamentarischen Block auf der Flüchtlinge-willkommen-Demonstration am 03.10.2015

Aufruf von autonomen und freien Kunst- und Kulturschaffenden an alle, die sich beteiligen wollen!

Warum der außerparlamentarische Block:

Der Block wird gemeinsam von der 11-Uhr-Demo für eine andere Kulturpolitik – siehe Seite 12 – um ca. 13.30 am Christian-Broda-Platz eintreffen und freut sich dann über weitere Beteiligung. Wir wollen uns als stadt- und parteiunabhängige Gruppen und Initiativen nicht politisch von diesen mitvernehmen lassen. Daher unterstützen wir die Demonstration aufgrund des Inhaltes, grenzen uns über den eigenen Block aber zu diesen hin ab. Kulturarbeit ist für uns dabei nicht Sängerknaben und Musical sondern kritisches Arbeiten von unten, für eine selbstverwaltete emanzipatorische Stadt, dabei gibt es viele Schnittbereiche mit sozialen, künstlerischen und bildungsbezogenen Themen, Inhalten und Gruppen. Zusammenarbeit mit unabhängigen selbstorganisierten und solidarischen Personen und Gruppen ist uns wichtig und wir laden alle Menschen wie Flüchtende, Unterstützer*innen wie Fluchthelfer*innen, Personen die an den Bahnhöfen helfen und alle, die sich für eine andere, selbstermächtigende Politik einsetzen, dazu ein, sich zu beteiligen.

Refugees Welcome – kein Mensch ist illegal ...

... das ist nicht erst seit dem Sterben von Geflüchteten auf österreichischem Boden sowie den aktuellen Fluchtrouten durch Österreich ein Thema.

Seit Jahren werden an den EU-Außengrenzen tausende Menschen getötet – siehe auch <http://www.unitedagainstracism.org/pdfs/listofdeaths.pdf>. Diejenigen, die es in die EU geschafft haben, werden – auch in Österreich – in Lager gesteckt, wo sie unter menschenunwürdigen Bedingungen auf den Ausgang ihrer Asylverfahren warten müssen. Die Menschen, die nicht anerkannt werden, werden in Herkunftsländer abgeschoben oder in nach Dublin-Verordnung zuständige Einreiseländer rückgeschoben, immer noch auch in Staaten wie Ungarn, die für die Geflüchteten nicht sicher sind.

Flüchtende werden seit Jahrzehnten zunehmend kriminalisiert. Schutzsuche wird in der EU vom Menschenrecht zur Verwaltungsübertretung und zunehmend zur Straftat gemacht, um die Menschen abzuschrecken und, falls das nicht gelingt, weg oder zumindest aus den Augen zu bekommen.

Zu verantworten haben diese Entwicklungen nicht zuletzt die Regierungen der EU, insbesondere die Innenminister*innen und Regierungschef*innen.

Staatsrassismen bekämpfen, nicht schönreden

Teile der SPÖ unterstützen auch die Demonstration „Flüchtlinge willkommen“ am 3. Oktober. Jener SPÖ, die seit Ende der 1980er-Jahre in immer kürzeren Abständen eine Verschärfung des Fremdenrechts nach der anderen mitträgt. Jener SPÖ, deren Obmann, Bundeskanzler Faymann, nicht nur Dublin III mitzuverantworten hat, sondern selbst noch in den letzten Tagen auf dessen Vollstreckung beharrte. Jener SPÖ, deren Regierungsmitglieder Asylwerber_innen unter unmenschlichen Bedingungen verwahrt und herumschickt und abschiebt, aber nicht selbstbestimmt leben lässt. Jener SPÖ, deren Politik mitschuldig ist, wenn Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrinken, im Burgenland ersticken oder von österreichischen Polizist*innen im Flugzeug zu Tode gequält werden. Jener SPÖ, deren Sozialminister Asylwerbenden das Recht auf Arbeit verwehrt. Jener SPÖ, die Rechtsextremismus zurückzudrängen versucht, indem sie dessen Programm selbst erfüllt.

Es ist schön, wenn es Sozialdemokrat_innen gibt, welche die rassistische Politik ihrer Partei nicht mittragen, sondern mit uns demonstrieren wollen. Deshalb wollen wir aber noch lange nicht den Repräsentant_innen dieser Partei Raum geben, sich darzustellen oder gar Wahlwerbung zu betreiben.

Refugees ans Mikrofon

Wir wollen nicht Reden über Flüchtende hören, nicht von der SPÖ und nicht von anderen, die sich vor allem selbst ins Licht rücken wollen. Wir wollen vielmehr

die Geflüchteten selbst hören. Sie sollen das Wort bekommen, und unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, dass es gehört wird.

Druck von unten – für die außerparlamentarische Opposition!

Gerade vor den Wahlen geben sich alle Parteien gern offen. „Flüchtlinge Willkommen“ ist groß angesagt, und obwohl Rot und Grün, die zuletzt die Stadtregierung gebildet haben, die Forderungen der Demonstration unterstützen, wird auch von Wien aus weiterhin fleißig abgeschoben. Um die erfreulich breite Masse an Solidarischen, die unglaublich viel Unterstützungsarbeit einbringt, keilen dann schon jetzt diverse Groß- bis Kleinstparteien. Dabei wird immer klarer, dass direkter Kontakt zwischen unabhängigen Unterstützer*innen und Flüchtenden nicht gewünscht wird. Lieber sollen große Hilfsorganisationen die Arbeit clean und kontrolliert abwickeln, unabhängige Gruppen, die flüchtende Menschen direkt unterstützen, werden dann wie zuletzt am Westbahnhof von Hilfsorganisationen, Polizei, ÖBB und Security verdrängt. Und weil ja in Kürze Wahlen sind, versuchen diverse Politiker*innen nochmal diejenigen, die sie greifen können, zu erreichen, um gemeinsam sagen zu können, dass sie „eh immer schon“ für Geflüchtete waren. Ein repräsentatives Foto mit Helfer_innen, ein paar Künstler*innen ins Personenkomitee holen, eine paar Worte bei einer Diskussionsrunde oder Demonstration, eine Presseaussendung, Blitzlicht und zurück zum Tagesgeschäft der Realpolitik.

Aber genau darum geht es nicht – Unterstützung von Flüchtenden, Thematisierung von Grenzpolitik und Ursachen von Flucht (wie Krieg, Waffenhandel, Globalisierung, Kapitalismus und Patriarchat) sind weiterhin nötig. Massiver Druck von unten in Form von direkter Zusammenarbeit, konkreten Aktionen von noch Flüchtenden und schon hier Wohnenden wird weiter nötig sein. Es #istnötig sich gemeinsam zu überlegen, wie wir langfristig Druck ausüben können. Wir müssen dabei bedenken, dass es auch bald zum konservativ/rechten Schwung gegen die – aktuell für Österreich eher ungewöhnliche – Stimmung für Menschen auf der Flucht kommen kann. Lasst uns diesen Druck erzeugen und beibehalten und unabhängig von Parteien und repräsentativen Strukturen nach Möglichkeiten einer solidarischen Gesellschaft suchen, in der ein gutes Leben für alle möglich ist. Lasst uns von unten ein anderes Miteinander finden, möglichst ohne Hierarchien, mit horizontalen Organisationsformen. Wir können uns selbst organisieren und wir haben unwählbar gute Positionen!

Beteiligt euch am
außerparlamentarischen Block

#RefugeesWelcome

#SmashDublin

#FrontexVersenken

Fluchthilfe #istnoetig

Mitgefühl ist wichtig, einen Wandel bringen aber nur verlässliche Rechte für Geflüchtete

Text von stop deportation vienna

Es war ein starkes Signal: 20.000 Menschen nahmen am 31. 08. in Wien an einer Demonstration gegen die Missstände im Erstaufnahmelager Traiskirchen teil, um ein Zeichen zu setzen: Flüchtlinge sind hier willkommen! Das sind um ein Vielfaches mehr Menschen als gewöhnlich zu diesem Thema auf die Straße gehen. Das ist ermutigend und lässt hoffen.

Ebenso die vielen freiwilligen Helfenden aus der Zivilgesellschaft, die in den letzten Tagen privat finanzielle und praktische Unterstützung z. B. an den Bahnhöfen leisten, um geflüchteten Menschen die Weiterfahrt zu erleichtern. Ein Großteil der freiwilligen Helfer*innen am Hauptbahnhof und Westbahnhof, wie auch in Traiskirchen, sind Privatpersonen und Aktivist*innen. Sie ermöglichen eine grundlegende Versorgung der Geflüchteten. Die große Bereitschaft vieler Menschen, Fluchthilfe aus Ungarn zu leisten und sich dabei über Gesetze hinwegzusetzen, ist ebenfalls ein Zeichen praktischer Solidarität gegen die Zustände, die das europäische Migrationsregime hervorbringt.

Seit Jahren sterben Menschen als direkte Folge der europäischen Grenzpolitik. Aber nach den Nachrichten über die 71 Toten auf der Westautobahn und den Bildern des toten Kindes aus Syrien,

welches in Bodrum am Strand angespült wurde, nach dem „March of Hope“, bei dem etwa tausend Geflüchtete sich von Budapest zu Fuß auf der Autobahn Richtung Österreich aufgemacht haben, könnte der Diskurs in den europäischen Staaten an einem Wendepunkt angelangt sein.

Für einen Wendepunkt in der europäischen Flüchtlingspolitik reicht es allerdings nicht aus, betroffen zu sein und Mitgefühl zu zeigen. Es ist nicht genug, Menschlichkeit anzumahnen und aus Mitleid „helfen zu wollen“. Und es reicht auch nicht, für einen kurzen Moment die Einreise zu erlauben, solange die Geflüchteten ins Nachbarland durchgewunken werden können. Für einen wirklichen Wendepunkt bedarf es der Anerkennung und Durchsetzung des Rechts auf Asyl für alle Geflüchteten. Dabei handelt es sich nicht um spontane Entscheidungen, einigen armen, geschwächten Geflüchteten Schutz zu gewähren, so lange es sich um Bürgerkriegsflüchtlinge handelt, süße Kinder darunter sind und alle Dankbarkeit zeigen. Beim Konzept von Asyl handelt es sich um ein Recht. Dieses Recht gilt nicht nur für ein Wochenende wenn es gerade politisch günstig ist, sondern es ist verlässlich und gilt unbegrenzt. Auch wenn die Zahlen der Asylanträge steigen. Ohne Kompromiss. Für Menschen aus allen Ländern.

Das Dublin-Abkommen hindert Geflüchtete daran, z. B. aus Ungarn in andere Länder zu fliehen. Es sieht vor, dass ein Asylantrag in dem Land gestellt werden muss, in welchem die EU erstmals betreten worden ist. Diese Regelung schützt die Interessen der reichen Länder in Nord- und Zentraleuropa,

darunter Deutschland und Österreich. Dies passiert auf Kosten der Geflüchteten und den Ländern an den EU-Außengrenzen. Im Abkommen wird angenommen, dass es keinen Unterschied für die Anerkennung als Flüchtling macht, in welchem Land Asyl beantragt wird. Dies widerspricht der Realität. Wie in den letzten Tagen auf Bildern und in Videos deutlich geworden ist, macht es einen klaren Unterschied, ob eine geflüchtete Person in einem vom Rechtspopulisten Orbán regierten Ungarn lebt, wo mit Schlagstöcken gegen Migrierende vorgegangen wird, wo Geflüchtete in Käfige gesperrt werden und die Versorgung kollabiert. Wo sie mit einem hochgerüsteten Zaun vom Zutritt abgehalten werden sollen und der Gefahr einer Abschiebung nach Serbien ausgesetzt sind. Damit zeigt die Orbán-Regierung in aller Härte, welche Gefahr Rechtspopulismus praktisch für die Geflüchteten bedeutet. Das gleiche Riskieren der Leben von Migrierenden findet täglich am Tunnel von Calais-Dover, im Mittelmeer und durch Abschiebungen statt.

Flüchtlingssolidarische Demonstrationen können jetzt genau hier ansetzen: Beim Krieg gegen Flüchtlinge, getarnt als Krieg gegen Schlepper, einhergehend mit einer neuerlichen Aufrüstung der Kriegsmarine im Mittelmeer. Bei dem Zaun in Ungarn in Verbindung mit einer Rechtsprechung, welche Flüchtlinge durch Abschiebungen, Illegalisierung und das Lagersystem keinen Schutz und keine Sicherheit gewährt und bei rechtsmotivierten Übergriffen wegsieht.

Keine geflüchtete Person müsste in Gummibooten oder fensterlosen LKWs einreisen und dabei sterben, wenn die

Einreise legal möglich wäre. Die Einreise wird durch Gesetze illegal gemacht. Die Toten sind von der EU Grenzpolitik selbstverschuldet. Sie können verhindert werden.

Gelder, die gegen Flüchtlinge eingesetzt werden, könnten stattdessen FÜR diese verwendet werden und ihnen ein sicheres, menschenwürdiges Leben ermöglichen. Die Kapazitäten und die Bereitschaft sind in weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden. Rechte wie das Recht auf Bewegungsfreiheit für alle müssen jetzt dringend eingefordert werden. Es bedarf nun der politischen Entscheidung für eine menschliche Flüchtlingspolitik.

Dublin III ist brüchig geworden, das wird in diesen Tagen deutlich. Dass die Verordnung derzeit faktisch an immer mehr Stellen außer Kraft gesetzt wurde, ist auf kontinuierliche Kämpfe von Geflüchteten, Aktivist*innen, Anwält*innen, Abschiebestopps usw. zurückzuführen. Die aktuellen Geschehnisse können eine historische Veränderung bewirken – die Abschaffung der Verordnung. Daher ist gerade jetzt Jede*r gefragt, sich zu informieren (1), gemeinsam aktiv zu werden, politisch Druck zu machen, auf die Straße zu gehen, Rechte einzufordern und für eine notwendige Veränderung zu kämpfen, denn dieser Moment hat das Potenzial, eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik durchzusetzen!

Bewegungsfreiheit für Alle!
No Border – No Nation!

(1) z.B. hier: <https://menschliche-asylpolitik.at/>
<https://no-racism.net>

Was ist Dublin III?

Text von <https://www.proasyl.de/>

„Die Dublin-Verordnung gilt in allen EU-Staaten, Norwegen, Island und der Schweiz und wurde auf Druck der starken Staaten wie Deutschland und Frankreich durchgesetzt. Die Zuständigkeitsregelungen sehen im Kern vor, dass der Asylantrag eines Flüchtlings nur indem Land bearbeitet wird, das die Einreise eines Flüchtlings ins »Dublin-Gebiet« zugelassen hat. Als Beleg dafür gilt die Erteilung eines Visums, die Speicherung in der europäischen Fingerabdruckdatei Eurodac oder die Stellung eines Asylantrags, gegebenenfalls aber auch eine Rechnung oder ein Flugticket. Unbegleitete Minderjährige haben ausdrücklich das Recht, zu ihrer Familie zu gehen oder dort aufgenommen zu werden, wo sie sich aufhalten. Das Dublin-System hat den Aufbau einer riesigen Bürokratie zur Folge, die eine Verschiebung von Asylsuchenden kreuz und quer durch Europa organisiert. Da der Großteil der Betroffenen über die ärmeren Staaten am geografischen Rande Europas einreist, liegt die Zuständigkeit für eine Asylprüfung oft bei diesen Staaten. Es kommt zu immer mehr Abschiebungen von Asylsuchenden aus Deutschland – auch in Länder, in denen ein faires Asylverfahren nicht zu erwarten ist, wo Asylsuchende inhaftiert werden oder keine menschenwürdigen Existenzbedingungen vorfinden.“ (proasyl)

<https://bordermonitoring.eu/>
<https://www.proasyl.de/>

„Offener Brief“ der Geflüchteten im Zeltcamp Linz: Unsere Forderungen!

Was wir wollen:

1. Dauerhafte und gute Unterbringung unter menschenwürdigen Bedingungen
Beendigung der belastenden Transfers an Orte ohne grundlegende Infrastruktur und Hygiene, wo wir dem Wetter ausgeliefert sind. Schluss mit den Zeltcamps! Öffnung leerer Gebäude! Schluss mit dem Transfer in exterritoriale Lager – wie in die Slowakei! Das Recht zu Flächen und das Recht der Bewegungsfreiheit sind Menschenrechte!

2. Zugang zu Informationen über Aufenthalt, nächsten Transfer und Asylverfahren

Die permanenten Verschiebungen an wechselnde Orte und der Mangel an Informationen schafft bei uns Verunsicherung; uns fehlt insbesondere die Möglichkeit, Transfers nachvollziehen und verständliche Gründe für Grüne Karten mitgeteilt zu bekommen (Grüne Karten bedeuten Beschränkung der Bewegungsfreiheit und einen unsicheren und prekären Stand des Asylverfahrens).

3. Zugang zu Rechtshilfe, Übersetzungen und angemessener Gesundheitsversorgung

Wir haben keinen angemessenen Zugang zu Rechtsberatung, es gibt kaum Kontakt zu Rechtsberater_innen oder der Kontakt wurde durch den Transfer abgerissen. Es gibt keine Übersetzer_innen für rechtliche Fragen oder Gesundheitsfragen oder für Fragen des täglichen Lebens. Medizinische Versorgung gibt es nur einmal pro Woche, und diese ist unzureichend. Psychologische Unterstützung fehlt komplett.

4. Schnelle Anerkennungen für unsere Asylverfahren – besonders im Hinblick auf unsere Familien, die noch im Krieg in Gefahr sind

Viele von uns machen sich Sorgen um ihre Familien. Unsere Kinder sind umgeben von Krieg und bedroht von Verfolgung. Wir brauchen schnelle Asylanerkennungen, damit wir unsere Kinder und Ehepartner_innen retten können.

5. Schluss mit dem System der Enteignung und Diskriminierung

Wir müssen verschiedene Situationen der Diskriminierung durch Mitarbeiter_innen des Sicherheitsdienstes erleben. Wir wollen von den Behörden und ihren Angestellten respektvoll behandelt werden. Wir möchten uns um uns selbst kümmern – und für uns selbst kochen, damit wir das haben, was uns gehört.

6. Recht zu gehen und Recht zu bleiben

Wir möchten gerne hier bleiben, und die Chance bekommen, ein respektierter und engagierter Teil der Gesellschaft zu sein. Es muss Schluss damit sein, dass man uns „wie Tiere“ herumverschiebt; wir brauchen Frieden statt der täglichen Gefahr der Abschiebung. Aber da wir fühlen, dass die österreichische Regierung Flüchtlinge nicht willkommen heißt und unsere Situation nicht versteht – Verfolgung, Krieg und fehlende Lebensgrundlagen – und uns so behandelt, möchten wir das Recht haben, uns innerhalb der EU frei zu bewegen und das Dublin System abzuschaffen.

Justice, not charity für eine Schärfung des politischen Antirassismus

Ein Bericht von Amnesty International über das Tirstaufnahmelager Traiskirchen bestätigt, worauf Geflüchtete und antirassistische Initiativen nicht erst seit heute hinweisen. Der Umgang des österreichischen Staates mit Asylsuchenden verstößt gegen grundlegende Menschenrechte. Gegen diese Zustände regt sich eine Welle der praktischen Unterstützung und Hilfe.

Druckmittel „Notstand“

In der Tat hat die entwürdigende Behandlung von Menschen in Traiskirchen in den Sommermonaten 2015 eine neue Qualität erreicht. Mit 1500 obdachlosen Asylantragsteller innen, für die angeblich keine Unterkünfte zur Verfügung stehen, ist die Situation deutlich dramatischer als im Jahr 2012 als Geflüchtete mit einem Marsch von Traiskirchen nach Wien protestierten.

In den Medien sorgen die Lebensbedingungen in Traiskirchen seit Wochen für Schlagzeilen. Dabei wird jedoch zumeist von der falschen Prämisse ausgegangen, dass der Staat durch den großen „Ansturm“ von Geflüchteten „überfordert“ wäre. Dieser „Notstand“ ist politisch gewillt und von den zuständigen Stellen so produziert. Wenn Geflüchtete Glück brauchen um einen überdachten Schlafplatz mit Bett zu bekommen und die Erfüllung von Grundbedürfnissen zum Gnadenakt wird, dann findet eine Verschiebung von Recht zur Willkür statt und der Minimalstandard wird über Traiskirchen hinaus zum Normalzustand. Für das Innenministerium ist der selbsterzeugte „Notstand“ ein probates Druckmittel für die Umsetzung repressiver Verschärfungen, wie sie in der Asylgesetznovelle im Juli dieses Jahres verabschiedet wurden, für verstärkte Kriminalisierung von sogenannter „Schlepperei“ und beschleunigte Abschiebungen. Auch innerhalb der EU macht Österreich Druck: für eine konsequentere Umsetzung von „Dublin“-Abschiebungen und die weitere Hochrüstung der europäischen Innen- und Außengrenzen wie auch für eine EU-weite „Verteilung“ von Refuges nach Länderquoten – als neue Form der Beschränkung von Bewegungsfreiheit.

Insgesamt erleben wir aktuell im Kontext des Asyl- und Grenzregimes einen Umbau von Staat und Gesellschaft: Wo sich der Staat darauf konzentriert, die Krise repressiv zu regulieren und regieren, reproduziert sich Herrschaft als Beherrschung eines Ausnahmezustandes, der für Asylsuchende keine stabilen Lebensverhältnisse vorsieht. Behen wir davon aus, dass der Gesamtzustand eines Gesellschaftssystems in verdichteter Form an seinen Rändern zu Tage tritt, fügen sich die Umbrüche im österreichischen Asylsystem in das Paradigma eines neoliberalisierten Kontrollstaates, der zunehmend antidemokratisch und rechtsextrem durchsetzt wird.

Solidarisches Handeln mit Geflüchteten

Daher ist es umso wichtiger, dass sich solidarisches Handeln mit Geflüchteten nicht auf eine Praxis des Helfens beschränkt. So sinnvoll die aktuellen Initiativen sind, darf trotzdem nicht zugelassen werden, dass der Staat die Verantwortung für Grundbedürfnisse von Menschen auf bürgerschaftliches Engagement abwälzt und menschenrechtliche Ausnahmezustände als Normalstandards festschreibt.

Daher gilt es, gemeinsam mit den Geflüchteten für deren Selbstbestimmung, einklagbare Rechte und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe einzutreten. Insbesondere ist das Recht auf Bewegungsfreiheit für Geflüchtete zu fordern – in den Worten von Refugees bei den Demos in Traiskirchen: „Wenn ihr uns nicht hier lassen wollt, dann löst unsere Fingerabdrücke und lasst uns weiterziehen.“ Diese Forderung wurde schon vom Refugee Protest Camp Vienna 2012/2013 erhoben.

Insgesamt ist es ein Grundverständnis des politischen Antirassismus, dass Geflüchtete den Asyl- und Migrationsregimes nicht wehrlos ausgeliefert sind, sondern in ihrem individuellen und kollektiven Handeln dieses System tagtäglich herausfordern: Wenn in Traiskirchen hunderte Geflüchtete für ihre Rechte auf die Straße gehen; wenn ein Drittel aller Abschiebeflüge in Österreich durch den Widerstand der Betroffenen abgebrochen wird; wenn Menschen in Mazedonien, Liban oder Genu gegen brutale Polizeigewalt die Grenzanlagen durchbrechen, dann sind das Akte des Widerstands gegen ein System, gegen das wir gemeinsam ankämpfen müssen.

Freedom not Frontex:Vienna

Die Initiative „Freedom not Frontex:Vienna“ versteht sich als solidarische Verbündete für Forderungen, Proteste und Selbstorganisation von Geflüchteten; Herstellung von Sichtbarkeit ist ein wesentlicher Arbeitsschwerpunkt. Als Antwort auf die Menschenrechtsverletzungen in Traiskirchen wurde aus Schilderungen von Geflüchteten ein eigener Bericht erstellt, der sukzessive in verschiedene Sprachen übersetzt wird: <http://twitter.com/nofrontexvienna> und <https://www.facebook.com/freedomnotfrontexvienna>

Weiterführende Links:

Bericht von bordermonitoring.eu: „Asylsystem Österreich – Momentaufnahmen einer repressiven Chaotisierung“: <http://bordermonitoring.eu/analysis/2015/07/asylsystem-osterreich-momentaufnahmen-einer-repressiven-chaotisierung/#more-399>

„Der schmale Grat der Hilfe“: http://www.akweb.de/ak_s/ak607/08.htm

„We are here because you destroy our countries“: <https://wspace.wordpress.com/2015/08/15/we-are-here-because-you-destroyed-our-countries/>



Forderungen / Demands der Geflüchteten aus Traiskirchen

"We don't want to be deported!"

"Stop Dublin"

"We want to learn deutsch"

"Wir wollen ein friedliches Leben haben"

"We want to be free"

"Don't let us wait without telling what happens to us! We can't wait for years! If Austria doesn't want us, let us go to another country!"

"I want a good life in the camp. I don't want a bad life"

"Wir wollen das Recht auf Arbeit"

"Erkennet unsere Bildung an!"

"We don't want living in the parks, tents, camps. We want Austrian people to help and governments to help"

"Ich will nicht deportiert werden"

"Gebt uns eine Chance, wir wollen nicht abgeschoben werden"

"We want acceptance in Austria"

"Every immigrants who live here want to be accepted here"

"We love Austrians and want to stay here"

"Stop Dublin Abschiebung"

"Two month ago we came to Austria,
we don't have any card yet! No green card, no white card!"

"Stop deportation, we don't want to be deported"

"We escaped from war we want a peaceful life"

"We don't want to go to Hungary - stop dublin"

"The food is bad"

"We want to stay in Austria"

"No one should be sent to Hungary"

"Ich möchte die weiße Karte"

"Wir möchten Lehrer werden"

"We want good life in Austria. I don't want bad life because we are all humans. I love Austria"

"I want accepting in Austria in fast time because we all are very sad"

"Ich will nicht weg aus Österreich, ich mag alle Leute in Österreich"

no	kein	no	kein	no	kein
one	mensch	one	mensch	one	mensch
is	ist	is	ist	is	ist
illegal	illegal	illegal	illegal	illegal	illegal



IG KULTUR WIEN

Eine andere
Kulturpolitik ist
~~möglich.~~
nötig!

www.igkulturwien.net

Impressum

Medieninhaberin:
IG Kultur Wien
Wiener Interessensgemeinschaft
für freie und autonome Kulturarbeit
1060 Wien, Gumpendorfer Straße 63B /3
ZVR Zahl: 192897149

<http://igkulturwien.net>

Zeichnungen: queerebel
Grafik Titelbild: Anika Kronberger
Layout: Willi Hejda

Gedruckt mit der Unterstützung der
Hochschüler_innenschaft der
Akademie der Bildenden Künste Wien
<http://www.oehakbild.info/>

